



BUND • Wilhelmstr. 24a • 79098 Freiburg

Bund für Umwelt und Naturschutz
Deutschland (BUND)
Regionalverband Südlicher Oberrhein
Aktion Umweltschutz e.V.

Stefan Auchter,
Geschäftsführer

Tel. 0761 30383

stefan.auchter@bund.net
www.bund-rso.de

Medienmitteilung

30.04.2024, Freiburg (D), Fessenheim (F).

Die Deutsche Sektion der Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW), der ehemalige Bundestagsabgeordnete Bueb und der BUND Regionalverband Südlicher Oberrhein haben im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zum Abbau des Kernkraftwerks Fessenheim eine gemeinsame Stellungnahme verfasst.

Darin mahnen die Beteiligten die Einhaltung der Espoo- Verträge an. In diesen sei geregelt, dass die Öffentlichkeit auf beiden Seiten der Grenze gleichwertig zu beteiligen sei, der französischen Öffentlichkeit stünden grob 1500 Seiten Unterlagen zur Verfügung, ins Deutsche übersetzt sei jedoch nur eine kurze Zusammenfassung des Umweltberichts mit 42 Seiten. Sie fordern daher eine Neuauflage der Öffentlichkeitsbeteiligung mit der Übersetzung aller Dokumente. „Bei einem Projekt dieser Bedeutung und einem Kostenrahmen von grob einer Milliarde Euro sollte eine Übersetzung der Unterlagen doch wohl ins Budget passen,“ so Stefan Auchter vom BUND.

Der IPPNW kritisiert mit Hinweis auf aktuelle Studien die an vielen Stellen in den Unterlagen vertretene Aussage, geringe Strahlung sei für den Menschen unschädlich. Diese Vorstellung decke sich nicht mit dem aktuellen Stand des Wissens in der Strahlenmedizin. Eine breite Mehrheit der Forschenden vertrete die LNT (Linear No Treshold) Theorie, nach der es keinen unteren Schwellenwert für die Risiken ionisierender Strahlung gebe. Diese Theorie sei hinreichend durch Studien belegt. Die radioaktiven Emissionen sowohl in die Luft wie auch in den Rhein seien daher mit allen technischen Möglichkeiten zu reduzieren, es könne nicht sein, dass aus Kostengründen auf technisch mögliche Filterstufen verzichtet werde.

Der BUND hält es für eine schlechte Idee, schwach radioaktive Metalle in Umlauf zu bringen. Nach dem Willen der Electricite de France (EDF) sollen schwach radioaktive Metalle aus dem nuklearen Bereich der Anlage eingeschmolzen und wie nichtradioaktiver Schrott aus der Nuklearaufsicht entlassen und in Verkehr gebracht werden. Diese Praxis gefährde völlig

überflüssigerweise die Bevölkerung, denn Fehler bei der sogenannten „Freimessung“ seien nie zu 100% auszuschließen. Stefan Auchter, Ingenieur und Geschäftsführer des BUND Südlicher Oberrhein kann sich allenfalls eine Weiterverwendung dieser Metalle im Bereich der Nuklearindustrie, beispielsweise als Rohstoff zur Herstellung von Baustahl und Lagerfässern für Endlager vorstellen. Auchter wörtlich: „Hier wird die Bevölkerung aus Kostengründen einem vermeidbaren Risiko ausgesetzt. Wo Menschen arbeiten, sind trotz aller Sorgfalt immer Fehler möglich. Es handelt sich sowieso nur um einen sehr geringen Anteil der Anlagenteile und Baumaterialien, ein nutzbringender Einsatz im Endlager ist sowohl technisch möglich, als auch zum Schutz der Bevölkerung dringend angezeigt. Wir kritisieren diese „Freigabe“ übrigens nicht nur für Fessenheim, sondern auch in Deutschland beim Rückbau der hiesigen Kernkraftwerke.“

Für den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Eberhard Bueb gilt es als fahrlässig, nach dem Abbau die höchstwahrscheinlich radioaktiv kontaminierten Fundamente im Boden zu belassen. Er und die beiden Verbände plädieren zum Schutz künftiger Generationen für eine vollständige Entfernung der Fundamente.

Sie finden die vollständige Stellungnahme im Downloadbereich auf der Homepage des BUND Regionalverbands Südlicher Oberrhein unter: <https://www.bund-rso.de/downloads/> bzw.

<https://www.bund-rso.de/fileadmin/suedlicheroberrhein/Downloads/Stellungnahmen/BUND-IPPNW-Stellungnahme-FSH.pdf>

Mit freundlichen Grüßen



Stefan Auchter